

Grenzen und Sicherheit



Die Europäische Union strebt den Aufbau einer Sicherheitsunion an, die Europa durch die Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität und durch eine Stärkung der EU-Außengrenzen sicherer macht.

Die EU bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen. Übergeordnetes Ziel einer **Sicherheitsunion** ist es, diesen Raum zu einem sichereren Ort zu machen. Im Kampf gegen Terrorismus, Gewaltbereitschaft und Radikalisierung sowie gegen die schwere und organisierte Kriminalität und die Cyberkriminalität arbeiten die EU und die Mitgliedstaaten zusammen.

Was die EU tut

Die EU legt den Schwerpunkt ihrer Maßnahmen auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten durch:

- Informationsaustausch zwischen nationalen Strafverfolgungsbehörden, Zollbehörden und Grenzschutz;
- operative Zusammenarbeit, unterstützt durch die europäischen Agenturen;
- Ausbildung, Austausch bewährter Verfahren, Finanzierung, Forschung und Innovation.

Die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (**Eurojust**) bringt Mitgliedstaaten bei Ermittlungen in Fällen der schweren und organisierten Kriminalität zusammen. Parallel arbeitet die Kommission an einer verbesserten „Interoperabilität“ (Kommunikation) der EU-Informationssysteme für Sicherheit, Grenzmanagement und Migrationssteuerung.

Die EU hat ihre Rechtsvorschriften aktualisiert und gestärkt, indem sie die Begriffsbestimmung terroristischer Straftaten harmonisiert und Reisen mit terroristischem Hintergrund sowie die Finanzierung und Ausbildung von Terroristen unter Strafe gestellt hat. Mit Unterstützung des **Exzellenzzentrums des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung** verstärkt die EU ihre Anstrengungen, Radikalisierung zu

verhindern und die Herausforderung der zurückkehrenden terroristischen Kämpfer zu bewältigen. Über das EU-Internetforum erleichtert die Kommission die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Internetunternehmen, Strafverfolgungsbehörden und der Zivilgesellschaft, um den Zugang zu illegalen Internetinhalten zu verringern und terroristischer Propaganda wirksame alternative Botschaften entgegenzusetzen. Zudem hat die Kommission vorgeschlagen, Internetunternehmen zu verpflichten, terroristische Inhalte innerhalb einer Stunde nach Erlass einer entsprechenden Anordnung durch die nationalen Behörden aus dem Internet zu entfernen.

Im Dezember 2018 erzielten das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission eine Einigung über den Rechtsakt zur Cybersicher-

heit, mit dem das Mandat der **EU-Cybersicherheitsagentur** (Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit, ENISA) gestärkt wird, damit sie die Mitgliedstaaten besser bei der Abwehr von Bedrohungen und Angriffen im Bereich der Cybersicherheit unterstützen kann.

Dank des **Schengener Abkommens** wurden die Grenzkontrollen zwischen vielen EU-Mitgliedstaaten schrittweise abgeschafft. Die Migrationskrise und die neue Sicherheitslage der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Schengen-Raum starke Außengrenzen braucht. Im Jahr 2017 hat die EU neue Rechtsvorschriften für die Schengen-Außengrenzen angenommen; seitdem werden die Daten von Reisenden, darunter auch von europäischen Bürgerinnen und Bürgern, verstärkt mit einschlägigen Datenbanken abgeglichen, um sicherzustellen, dass sie keine Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit darstellen. Darüber hinaus unterstützen heute mehr als 1600 Beamte der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) die nationalen Grenzschutzbeamten in Griechenland, Italien, Bulgarien, Spanien und anderen Ländern bei den Patrouillen. Die Kommission hat vorgeschlagen, die Agentur weiter auszubauen und eine 10 000 Einsatzkräfte zählende ständige Reserve zu schaffen.



Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/topics/borders-and-security_de



@EUHomeAffairs

Weitere Informationen über die Europäische Union

IM INTERNET

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen: https://europa.eu/european-union/index_de

BESUCH

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe: https://europa.eu/european-union/contact_de

TELEFON ODER E-MAIL

Der Europe-Direct-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Kontaktieren Sie Europe Direct

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: 00 32 2 299 9696 oder
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

LESESWERTES

Veröffentlichungen über die EU sind nur einen Mausklick entfernt unter: <https://op.europa.eu/de/publications>

VERTRETUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Die Europäische Kommission hat Büros (Vertretungen) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union: https://ec.europa.eu/info/contact/local-offices-eu-member-countries_de

VERBINDUNGSBÜRO DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament betreibt in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union ein Verbindungsbüro: <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/stay-informed/liaison-offices-in-the-member-states>

DELEGATIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Zudem hat die Europäische Union in vielen Teilen der Welt Delegationen: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/area/geo_de

Weitere Informationsblätter der Reihe „Was die Europäische Union tut“

Allgemeine und berufliche Bildung
Außen- und Sicherheitspolitik
Bank- und Finanzdienstleistungen
Beschäftigung und Soziales
Betrugsbekämpfung
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Energie
Erweiterung der EU
Europäische Nachbarschaftspolitik
Forschung und Innovation
Gemeinsamer Markt
Gesundheitswesen
Grenzen und Sicherheit
Handel
Haushalt
Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz
Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
Jugend
Justiz und Grundrechte
Klimaschutz und der Europäische Grüne Deal
Kultur und Medien
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Lebensmittelsicherheit
Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Migrations- und Asylpolitik
Regionalpolitik
Sport
Steuern
Umwelt
Unternehmen und Industrie
Verbraucher
Verkehr
Wettbewerb
Wirtschaft, Finanzen und der Euro
Zoll



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

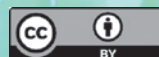
Haben Sie Fragen zur Europäischen Union?
Wenden Sie sich an Europe Direct:
00 800 6 7 8 9 10 11,
<http://europedirect.europa.eu>

Dieses Informationsblatt gehört zu der Veröffentlichung „Die Europäische Union: Was sie ist und was sie tut“. Eine interaktive Fassung dieser Publikation mit Verlinkungen zu Online-Inhalten kann im PDF- oder HTML-Format abgerufen werden unter: <https://op.europa.eu/webpub/com/eu-what-it-is/de/>

Manuskript vom Januar 2020

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020



© Europäische Union, 2020

Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABL L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen einer Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

Alle Bilder: © Shutterstock, © Fotolia

Print ISBN 978-92-79-93775-0

doi:10.2775/089268

NA-04-18-791-DE-C

PDF ISBN 978-92-79-93806-1

doi:10.2775/77562

NA-04-18-791-DE-N